Text von Colombia nunca más (Schweiz) zur Straflosigkeit in Kolumbien

Die ernste Krise bezüglich der Menschenrechte, unter der Kolumbien in den letzten Jahrzehnten gelitten hat, ist wie eine steigende Spirale, die das ganze Staatsgebiet jeden Tag mit Blut und Terror durchtränkt und an der alle möglichen Prognosen zerbrechen. Die schauderhaften Zahlen der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien, die zahlreich in nationalen und internationalen Berichten gesammelt wurden und teilweise sogar vom kolumbianischen Staat anerkannt worden sind, sind eine dauernde Bekanntmachung des prekären politischen Zustands auf dem Weg, die Demokratie im Land zu errichten. Die Verwunderung bezüglich der akuten Krise der Menschenrechte steigt noch weiter, wenn man weiss, dass in Kolumbien mehr als 97% der Menschenrechtsverletzungen in Straflosigkeit enden.

Die Straflosigkeit ist zum „Gesetz“ geworden. Aber der Verzicht auf die Bestrafung der Menschenrechtsverbrecher und dessen Auswirkungen beeinflussen die kolumbianische Gesellschaft als Ganzes. Die Straflosigkeit verschwört sich gegen die Werte der Menschlichkeit, banalisiert die perverse Idee, dass jedes Verbrechen erlaubt ist, wenn sogar die schwersten Verbrechen nicht bestraft werden sollen. Damit verhindert man die Wiedergutmachung der angerichteten Schäden. Die Unterlassung der Bestrafung der einen und die Bestrafung derer, die man unterdrücken will, sind nur die beiden Seiten derselben Medaille. Es regiert das Gesetz der Herrschaft des einen über den anderen. Folglich ist die Straflosigkeit in sich eine Verletzung der Menschenrechte, da sie den vorliegenden Verletzungen ein neues Verbrechen hinzufügt.

Die Straflosigkeit funktioniert wie ein Mechanismus, der den mächtigen Gruppen, die für die Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, hilft, die Macht zu halten. Die Straflosigkeit unterstützt die Korruption und zerreisst das soziale Netz, so dass das heutige und zukünftige Zusammenleben gestört werden. Sie wirkt sich nicht nur auf die politischen und zivilen, sondern auch auf die sozialen, kulturellen, und ökonomischen Rechte aus.

Unter der unablässigen starken Verbreitung von Menschenrechtsverletzungen, die den kolumbianischen Alltag weitgehend prägen, sind die Verbrechen gegen die Menschheit von besonderer Bedeutung, sowohl auf Grund ihrer extremen Grausamkeit als auch durch ihre tief greifende politische Bedeutung als zerstörerische Handlung. Die Menschenrechtskommission der UNO definierte diese im Jahre 1954 als grausame Taten, vergleichbar mit Vergehen wie Mord, Ausrottung, Sklaverei, Zwangsverbannung oder Verfolgung aus sozialen, politischen, rassistischen, religiösen oder kulturellen Gründen, die die Behörden eines Staates oder Einzelpersonen, die von diesen Behörden angestiftet werden oder von ihnen nicht an ihrem Handeln gehindert werden, ausüben lassen. Die aktuellsten Modalitäten dieser Verbrechenart in Kolumbien sind: der Mord aus politischen Gründen, der Genozid an bestimmten sozialen und politischen Gemeinschaften, das Zwangsverschwinden von Personen und die Folter.

Die Krise der Menschenrechte in Kolumbien beruht auf verworrenen, aber nicht unlösbaren Faktoren, zu denen der Fortbestand des Bürgerkrieges zählt. Wenn sich der bewaffnete Konflikt verschärft, verschlechtern sich die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung. Das bedeutet aber nicht, dass der Staat keine Schuld daran tragen würde, denn die Entwicklung des Krieges ist auch Ausdruck politischer Entschlüsse der Regierung. Deshalb ist der

kolumbianische Staat für die Verbrechen, die jeden Tag an der Bevölkerung begangen werden, als Täter sowie als Dulder verantwortlich.

Im Rahmen seines Krieges gegen die Guerillas hat der Staat sich dafür entschieden, alle sozialen und politischen Organisationen, die sich von seiner Politik distanzieren oder sie bekämpfen, zu verfolgen. Zu diesem Zweck wurde in Kolumbien ein juristisches und politisches System errichtet, das auf folgenden Elementen beruht:

DIE MILITÄRGERICHTBARKEIT UND DIE GEHORSAMSPFLICHT: Sie garantieren Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen. Auf dieser Basis wird jede Verletzung der Menschenrechte, die ein Angehöriger der kolumbianischen Armee ausübt, als reine Befehlsausübung betrachtet und untersteht daher nur den Militärgerichten.

DIE WIEDERHOLTE AUSRUFUNG DES AUSNAHMEZUSTANDES: Diese Massnahme hat dazu geführt, dass Kolumbien in den letzten 30 Jahren im Zustand einer eigentlichen Diktatur gelebt hat, die sich allerdings als parlamentarische Demokratie zu präsentieren weiss. Der Ausnahmezustand führt zur verübergewaltigen Aufhebung der in der Verfassung festgeschriebenen Garantien betreffend die Ausübung der zivilen und politischen Rechte. Ausserdem können der Präsident der Republik und die Armee unter dem Ausnahmezustand auf ausserordentliche Befugnisse zurückgreifen, um die sozialen Probleme als Fragen von nationalem Interesse und „innerem Krieg“ zu behandeln. In den letzten Monaten haben der Kongress und der Präsident das Gesetz 684 (2001) verabschiedet, das sogenannte „Gesetz für die nationale Sicherheit“. Mit diesem Gesetz wird noch das letzte Stück Rechtsstaat, das in Kolumbien existiert, abgeschafft. Es sanktioniert die Gewaltexzesse der Armee und schafft die gesetzliche Basis für eine eigentliche Diktatur im Lande.

DER EINSATZ VON ZIVILISTEN IN „SELBSTVERTEIDIGUNGSGRUPPEN“: Ausgebildet in der US-amerikanischen „Escuela de las Americas“, haben die kolumbianischen Streitkräfte mit finanzieller Unterstützung der Drogenbarone und der kolumbianischen Oligarchie den Aufbau irregulärer, bewaffneter Truppen mitgetragen. Diese paramilitärischen Kräfte arbeiten im Kampf gegen die Guerillas mit der Armee und der Polizei zusammen.

Mit Hilfe dieser Instrumente verletzt der kolumbianische Staat systematisch und bewusst die zivilen und politischen Menschenrechte der Bevölkerung. Gleichzeitig verzichtet er darauf, die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen zu bestrafen, indem verschiedene Mechanismen geschaffen wurden, um Straflosigkeit zu garantieren.

Die schweizerische Unterstützungsgruppe „Colombia nunca más!“ ist solidarisch mit dem Kampf des kolumbianischen Volkes, der sich gegen die Straflosigkeit richtet und ausserdem politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Forderungen trägt, um dem Ziel einer Demokratie in Würde und sozialer Gerechtigkeit näher zu kommen. Wer uns in diesem Kampf unterstützen will oder weitere Informationen erhalten möchte, schreibt bitte an: gruasuiza@gmx.net